

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BONN

SCHEEL

Voll dahinter

Die Spitzenmänner der Bonner Koalition gehen auf Distanz. Denn die demonstrative Einigkeit, die bislang zwischen SPD-Bundeskanzler Willy Brandt und FDP-Außenminister Scheel herrschte, machte den Juniorpartner schwach.

Walter Scheel, der seit Beginn der SPD/FDP-Koalition im Schatten des außenpolitischen Profis Brandt steht, will ans Licht. Und nachdem der Minister in der Affäre Sprei zum Prügelknaben der in Ohnmacht frustrierten Nation geworden ist („Bild“: „Ein Minister als Beerdigungsunternehmer“), brauchen die Liberalen im Landtagswahljahr 1970 zur Existenzsicherung erst recht Profilzuwachs ihres Vorsitzenden.

SPD-Regierungschef Brandt für den Fortbestand seiner Bonner Koalition auf landespolitische Erfolge der FDP gleichfalls angewiesen (Brandt: „Right or wrong — my Scheel“), erkannte in den Attacken der CDU/CSU-Opposition gegen den Außenminister nach dem Fall Sprei den Versuch, die sozialliberale Bonner Koalition zu unterminieren. Deshalb billigte der Kanzler sowohl gegenüber Scheel als auch vor der SPD-Fraktion ausdrücklich das Verhalten seines Außenministers: „Ich stehe voll dahinter.“

Nach dieser Solidaritäts-Kundgebung beschlossen Scheel und Brandt in bestem Einvernehmen, künftig mehr Abstand voneinander zu halten. Der FDP-Partner will sich, um ungestört eigene Wege gehen zu können, durch organisatorische und personelle Maßnahmen von Kanzler und Kanzleramt absetzen.

So soll eine Übung abgeschafft werden, die zwar der Außenpolitik, nicht aber dem Außenminister zugute kam: die Teilnahme eines AA-Staatssekretärs an der allmorgentlichen Lagebesprechung im Palais Schaumburg.

Mit dieser Praxis der Kleinen Koalition war es zwar zum erstenmal gelungen, den in Bonn seit Gerhard Schröders Amtszeit traditionellen Gegensatz zwischen der Regierungszentrale und dem Auswärtigen Amt abzubauen. Scheel indes glaubte sich

allmählich in eine „Brentano-Rolle“ gedrängt und sah sich, so wie Adenauers erster Außenminister, vom Bundeskanzler überspielt.

Als Vertreter des AA an Brandts Morgentafel erscheint bislang Georg Ferdinand Duckwitz, der schon unter dem Außenminister Brandt die Geschäfte des Amts geleitet hatte und den mit seinem früheren Dienstherrn bis heute persönliche Freundschaft verbindet.

Auch mit der Brandt-Riege pflegt Duckwitz vertraulichen Umgang: Er duzt sich mit Kanzleramtsminister Horst Ehmke, Kanzleramts-Staatssekretär Egon Bahr und Pressechef Conrad Ahlers, die ihrerseits den Staatssekretär mit dem Kosenamen „Ducki“ titulieren.

Über V-Mann „Ducki“, der zu seinem neuen Chef Scheel nur unterkühlten Kontakt fand, programmierten Brandt und seine Chefdenker den AA-Apparat auf die im Kanzleramt gewünschte neue Ostpolitik, bisweilen gegen die Intentionen des Ministers Scheel. Der erkannte die Gefahr: „Bislang gibt es zwischen Kanzleramt und Auswärtigem Amt offene Grenzen. Dies könnte der Zusammenarbeit schaden.“

So mußte Scheel noch am letzten Dienstag, als er in gemeinsamen Besprechungen mit Brandt Weisungen seines Hauses für die nächste Verhandlungsrunde mit Warschau beriet, gegen Vorschläge argumentieren, die zwar von seinen eigenen Beamten, aber nach Brandts Wünschen ausgearbeitet worden waren.

Die Trennung vom Kanzlertisch soll Mitte des Jahres vollzogen werden. Der einst aus dem Ruhestand reaktivierte Duckwitz, dessen Spannkraft inzwischen so nachgelassen hat, daß er bei Konferenzen ab und zu ein Nickerchen macht, soll von dem bisherigen Leiter der Politischen Abteilung I, Ministerialdirektor Paul Frank, abgelöst werden.

Von da an soll, um ein unregelmäßiges Nebeneinander von AA und Kanzleramt zu vermeiden, nur noch der ebenfalls mit Etablierung der Linkskoalition eingeführte Ritus beibehalten werden, daß Kanzleramts-Ministerialdirektor Ulrich Sahn an der morgendlichen Direktorenkonferenz des Auswärtigen Amtes teilnimmt.

Darüber hinaus will Scheel die publikumswirksamen Gespräche mit Moskau über ein Gewaltverzichtsabkommen wieder für die Diplomaten



Brandt-Partner Scheel: „Daß die unseren Walter nicht zusammenhauen“

des eigenen Amtes reklamieren und sich selbst die Rolle des Fakt-Notars sichern.

Bisher hatte Staatssekretär Egon Bahr den Dialog mit den Russen bestritten und dabei auf kurzgeschlossenen Draht die Instruktionen von seinem Partei- und Amtschef Brandt erhalten. Während einer Bahr-Mission in Moskau gab Brandt seine Weisungen als „Hinweise“ via AA-Kurier oder AA-Funk direkt an die Deutsche Botschaft. Die Hinweise bedurften lediglich der formellen Weisung durch Scheels Ministerbüro. Brandts Order: „Mit der Bitte um Weiterleitung. Die Weiterleitung ist dann ein Erlaß des Auswärtigen Amtes.“

Bahr soll bald wieder ins Glied zurücktreten. Scheel und Brandt vereinbarten, daß des Kanzlers Unterhändler nur noch einmal, im Mai, nach Moskau reist. Die Verhandlungsführung geht dann an den westdeutschen Kreml-Botschafter Allardt über. Damit auch Scheel selbst aus der Aktion in Moskau innenpolitisches Profil gewinnen kann, hat Kanzler Brandt seinem Vize vorgeschlagen, der Außenminister möge, sobald das Vertragswerk unterschrittsreif sei, seinen sowjetischen Kollegen Gromyko in die Bundesrepublik einladen. Dann könne er mit großem Staatszeremoniell die Signatur des Abkommens in Bonn vornehmen.

Angesichts dieser Zukunftsperspektiven ist Scheel sicher: „Der Außenminister wird zum Repräsentanten der Außenpolitik.“

Indes: Die von ihm selbst berufenen künftigen Spitzenleute im Außenamt — neben Frank soll der bisherige Paris-Botschafter Sigismund von Braun als Staatssekretär die Verantwortung für EWG- und Handelspolitik übernehmen — sind aus unterschiedlichen Gründen für Scheel problematisch.

Sigismund von Braun, 59, einst für die FDP im Godesberger Stadtrat, verfügt über wenig einschlägige Erfahrungen für den schwierigen Marsch durch den Brüsseler Dschungel von Marktordnungen, Subventions- und Abschöpfungsregelungen. Zwar hat Braun eine abgeschlossene Banklehre und gab nach dem Krieg in Bonn ein kurzes Gastspiel als Lobbyist der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz, doch seitdem entwickelte er seine Talente mehr in der Party-Diplomatie in London, New York und Paris.

Der neue politische Staatssekretär Paul Frank wurde von dem Außenminister Brandt in die Direktionssetagen des Auswärtigen Amtes befördert. Der Brandt-Protegé leugnet nicht ein Gefühl der Verbundenheit mit dem jetzigen Kanzler: „Ich mache nicht gern große Worte, aber ich kann sagen, ich verehere Willy Brandt.“ Mit Scheel verbindet Frank — zumindest derzeit noch — wenig mehr als eine nach dem Organisationsschema geregelte Solidarität. Frank: „Mein Minister ist mein Minister.“

Dennoch ist Dienstherr Scheel sicher, die richtige Wahl getroffen zu haben. „Mit dem Einzug der zwei neuen Staatssekretäre“, so Scheel, „wird ein



Neuer Staatssekretär Frank
„Zwischen Kanzleramt und AA ...“

neues organisatorisches Zusammengehörigkeitsgefühl im AA entstehen. Die Zelle ist dann nicht mehr zum Kanzleramt offen.“

Mehr Selbständigkeit in der Regierung braucht Scheel auch zur Festigung seiner Position in der eigenen Partei. Zwar attestierte selbst sein Partei-Rivale, der FDP-Innenminister Hans-Dietrich Genscher, Scheel habe sich in der Nacht des 28. September 1969, als er trotz verheerender Stimmenverluste die Ablösung der 20jährigen CDU-Herrschaft mit der SPD riskierte, als „echte Führungspersönlichkeit“ erwiesen. Nun aber bereitet der Mangel an Fortüne und Profil des Außenministers den Liberalen Sorge.

Nach mißglückten Parlamentsauftritten in den ersten Wochen der neuen Koalition mahnten Parteifreunde ihren Chef, er mache sich seine Aufgabe zu leicht und müsse fleißiger werden. Scheel nahm sich die Vorwürfe zu



Neuer Staatssekretär von Braun
... gibt es offene Grenzen“

Herzen: „Wenn ich berechtigte Kritik höre, dann reagiere ich sehr sensibel, dann knie ich mich rein.“

Doch auch mit fleißigem Aktenstudium konnte der Außenminister die verpatzte Premiere so schnell nicht wieder wettmachen. Zudem litt sein Renommee später noch unter anderen Fehlgriffen. So mußte der Minister — kaum war die Sprei-Affäre halbwegs überstanden — wegen öffentlicher Kritik seine Absicht revidieren, dem NS-belasteten Parteifreund Achenbach einen Versorgungsposten bei der Brüsseler EWG-Kommission zu verschaffen (siehe Seite 32).

Am vorletzten Sonntag berieten im „Volmarsteiner Kreis“, benannt nach dem Tagungsort Burg Volmarstein bei Hagen, die vor einer harten Landtagswahl stehenden Spitzenpolitiker der nordrhein-westfälischen FDP im Beisein Scheels, wie ihr Parteichef neben Brandt zur Geltung gebracht werden könnte. Kreisleiter Willi Weyer, im NRW-Kabinett Innenminister und einer der gewieftesten Taktiker der FPD, schwor seine Mannen auf Solidarität mit dem bedrängten FDP-Chef ein: „Wir müssen sehen, daß die unseren Walter nicht zusammenhauen.“

Weyer löste wegen eines „Bild“-Kommentars mit der Überschrift „Der unglückliche Herr Scheel“ höchste Alarmstufe aus: „Man darf sich an einem Minister reiben, ihn, wie damals Strauß, einen Halodri nennen. Das schadet einem Politiker nicht. Schlimm wird es erst, wenn man gegen ihn einen Mitleidkomplex erzeugt.“

Provinz-Boß Weyer lastete dem Bonner Parteivorsitzenden auch faktisches Fehlverhalten an: Scheel hätte nach Spreis Entführung sofort seinen Urlaub in Hinterthal abbrechen sollen. In gewissen Situationen müsse ein Politiker eben optisch dasein. Weyer: „Als im Sauerland Pocken waren, bin ich auch nach Meschede geflogen, ohne daß davon ein Kranker gesund geworden wäre.“

Weyer hielt dem Außenminister freilich zugute, daß er von Amts wegen oft zur Diskretion verpflichtet sei und nicht jede Aktion, so wie der agile FDP-Innenminister Genscher (Weyer: „Der hört sogar die Flöhe husten“), publikumswirksam verkaufen könne.

Als Ratschlag für künftige Bonner Taktik gab Willi Weyer dem Parteifreund Scheel mit auf den Weg: „Wäre ich Außenminister, dann würde ich dem Bundeskanzler sagen: Ich sehe ein, daß Sie sich die großen Rosinen rauspicken, Sie haben die Richtlinienkompetenz. Aber sein Ressort verwaltet jeder Minister selbständig.“

Dem Wunsch mancher Parteifreunde, sich nun um jeden Preis zu profilieren, will Brandts loyaler Koalitionspartner Scheel aber nicht entsprechen: „Ich habe mehr als einmal vor der Frage gestanden, ob es nicht besser ist, in der Außenpolitik zwischen dem Bundeskanzler und mir Unterschiede sichtbar zu machen. Dies müßte ich gegen mein Gewissen tun.“

Scheel, der sich durch eine haus-eigene Dokumentation inzwischen von

dem Vorwurf entlastete, nicht genug für Spretis Freitausch getan zu haben, glaubt an seine Zukunft. Der Minister zum SPIEGEL: „Ich werde doch keine Unterschiede zwischen Brandt und mir konstruieren, nur um schneller Profil zu erzeugen. Ich bin sicher, daß ich das auch so erreiche.“

WEHNER

Herr Mustermann

Partei-Profos Herbert Wehner, ein Jahrzehnt lang SPD-Tonmeister im taktvollen Umgang mit Christdemokraten, kann plötzlich wieder ganz anders: Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel ist für ihn ein „Schleimer“, der Unionsabgeordnete Anton Stark ein „Lümmel“, eine Barzel-Rede „Schmiere“ und die Oppositionspartei eine „Madig-Macher-Union“.

Nach der letzten Wehner-Attacke, in der Bundestagsdebatte am letzten Mittwoch, fragte die „Bild“-Zeitung



Handelsblatt

„Wehner kann keener!“

(„Da machen wir nicht mit, Herr Wehner“) nach dem Gesundheitszustand des Angreifers: „Ist er überarbeitet? Ist er krank?“ Und die Unions-Führer spielten — wie in den fünfziger Jahren — auf die frühere KPD-Aktivität Wehners an. CSU-Landesgruppensprecher Richard Stücklen: „Das kann man nur in Moskau lernen.“ Fraktionsgeschäftsführer Will Rasner über den neuen Wehner: „Das ist der alte Wehner.“ Und Rainer Barzel meinte, „Wehner findet zu sich selbst“.

Bonns Christdemokraten fühlen sich von dem Mann hintergangen, dessen politische Strategie die CDU/CSU in die Bonner Opposition verwies. Nun blicken sie zurück im Zorn auf jene zehn Jahre SPD-Anpassung vom Godesberger Parteitag im November 1959 bis zur Kanzlerwahl Willy Brandts im Oktober 1969, in denen Herbert Wehner sich und seiner Partei den Goodwill der westdeutschen Wahlbürger erwarb.

So echt hatte der Mann mit dem „proletären Habitus“ (SPD-Historiker Theo Pirker) die Anpassung an die

Mentalität der CDU-Wähler gespielt, so energisch hatte er widerstrebende Parteifreunde zurechtgestaucht („Es ist doch Quatsch, die CDU zu provozieren“), daß schließlich selbst die „Bild“-Zeitung ihm attestierte, er habe sich „um unser Land verdient gemacht“.

Über Wehners taktischem Geschäft, das ihn zu Verhandlungen über die Große Koalition mit Konrad Adenauer, Heinrich von Brentano, Freiherr von und zu Guttenberg und Paul Lücke zwang, hatten fast alle sein strategisches Ziel — das er selbst kaum nennen durfte — übersehen: die Ablösung der Bonner CDU-Herrschaft durch die SPD.

Selbst mit Kurt Georg Kiesinger, dem Kanzler der Großen Koalition, hatte Chef-Strategie Wehner ein fast intimes Verhältnis angefangen. Doch als sein ursprünglicher Plan, die Große Koalition bis 1973 zu verlängern, sich als innenpolitisch untragbar zu erweisen begann, kannte der SPD-Vize keine Sentimentalitäten. Der Anpasser, der sich innerlich nie dem deutschen Bürgersinn angepaßt hatte (Wehner: „Wir sind nicht auf die Welt gekommen, damit wir es gemütlich haben“), ließ die Union endgültig fallen.

Als Willy Brandt ins Kanzleramt einzog, entschied sich Herbert Wehner, das Kabinett, wo die „besseren Kavaliere“ saßen, zu verlassen und als Fraktionsvorsitzender im Bundestag die sozialliberale Regierung abzuschern. Dort holt er nun mit Wollust nach, was er so lange hat unterdrücken müssen, und kann dabei Pflicht wie Neigung erfüllen. Mit seinem aggressiven Ton fixiert er die CDU/CSU-Opposition auf sich, reizt sie zu planlosen Auseinandersetzungen und will sie damit in die Neinsager-Rolle zwingen, aus der er seine eigene Partei so mühselig befreit hat.

Wehner: „Ich muß der Regierung den Rücken freihalten. Ich mache nicht mit, wenn die CDU/CSU glaubt, daß sie immer das erste und letzte Wort hat.“

Den farblosen CDU-Fraktions-Vize Gerhard Stoltenberg ironisierte er mit der Anrede „Herr Mustermann“, den Holsteiner Will Rasner provozierte er: „Spielen Sie sich bitte nicht auf, Herr deutscher Abgeordneter von der Wasserkante.“

CSU-Chef Franz Josef Strauß kam sogar schon mehrmals dran: Wehner über Strauß:

- ▷ „Ich weiß ja, wie Sie in München herumgepöbelt haben.“
- ▷ „Für ihn (Strauß) ist einige Kilometer von Bonn weg überall sozusagen Vilshofen.“
- ▷ „Natürlich war es Quatsch, was Wilhelm II. gesagt hat, und das, was jetzt Franz Josef Strauß sagt, ist ebenso Quatsch; das deckt sich absolut und ist kongruent.“

Selbst ein gutes Verhältnis zur einst auch von ihm umworbenen Springer-Presse ist dem polternden Fraktionschef inzwischen gleichgültig geworden. Den Hamburger Großverleger Axel Springer nannte er „mächtig des gedruckten Wortes mit Hilfe von Haus-

anweisungen“, seine Zeitungen „Zerr-Bild“ und „Schlamm am Sonntag“.

Daß er bei seinem Angriff auf Barzel und die „Schrei-Union“ sich selbst nicht so recht unter Kontrolle gehabt habe, bestreitet Wehner energisch: „Ich habe mir jedes Wort genau überlegt.“

SCHILLER

Kraft durch Kneipp

Seit Freitag letzter Woche übt ein schwächlicher Kurgast im 1,50 Meter tiefen Wasserbecken des Bad Wörishofener Hotels Sonnenhof den Handstand unter Wasser. Morgens und mittags durchstreift er in Lederjacke und Cordhose, mit Knotenstock und Pepitahut ausgerüstet, Wiesen und Wälder des Allgäu.

Karl Schiller, einst Konjunktur-Supermann der Nation, jetzt von privatem und politischem Ärger angekränkt, sucht Kraft durch Kneipp.



Wirtschaftsminister Schiller
„Aber du kommst doch zum Parteitag?“

Versehen mit einem Attest des Bonner Ordinarius für Innere Medizin, Professor Adolf Heymer, war der Wirtschaftsminister am letzten Montag bei Bundeskanzler Willy Brandt im Palais Schaumburg vorstellig geworden. Der Prominentenarzt hatte ihm Folgen einer verschleppten infektiösen Grippe und eine Entzündung der Bauchspeicheldrüse bescheinigt. Er empfahl dem erschöpften Konjunkturdoktor eine fünfwöchige Rekonvaleszenz in einem Kurort mittlerer Höhenlage.

Der Regierungschef beugte sich der medizinischen Indikation und verabschiedete seinen Mitarbeiter „ungeheuer nett und verständnisvoll“ (Schiller). Besorgt fragte er ihn: „Aber du kommst doch zum Parteitag?“ Schiller, der wegen des Saarbrücker SPD-Treffens Anfang Mai seine Kur unterbrechen mußte: „Ich komme, wenn die Ärzte es mir erlauben.“ Bonn hatte sein Gerücht.

Zuerst witterten CDU-nahe Informationsdienste „Krach mit Brandt?“. Schillers Intimfeinde in der eigenen